

Eva Emenlauer-Blömers

Vortrag im Rahmen der Konferenz „Schwarzer Fels“ BlackRock & Co am 16./17. September 2022 Universität Potsdam (Audimax Am Neuen Palais 10)

„Da muss man doch was machen“- Gedenken an Peter Grottian

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der BlackRock-Konferenz,

Diese Konferenz verdanken wir einem Menschen, der sie selbst heute nicht mehr erleben kann. Peter Grottian, der Initiator, der Organisator, der Macher dieser Veranstaltung, verstarb am 29. Oktober 2020 in Bregenz am Bodensee, nur vier Wochen, nachdem das erste BlackRock - Tribunal, seine letzte große politische Initiative, zu Ende gegangen war.

„Da muss man doch was machen..!“

Diesen Satz hörte ich oft von Peter Grottian. Peter war einer der wenigen Wissenschaftler, die nicht nur forschten und schrieben, sondern auch handelten und umsetzten, was sie zuvor erforscht und geschrieben hatten. Das war etwas Besonderes, auch in der Zeit der politischen Revolte an den Hochschulen ab den 60er Jahren. Denn auch die kritische Politikwissenschaft verharrte oft im linken Elfenbeinturm. Wichtiger als alles andere war immer noch die Zahl der Veröffentlichungen bzw. die Häufigkeit, mit der andere Wissenschaftler die eigenen Veröffentlichungen zitierten. Damit schmückte man sich, das reichte. Peter war da ganz anders, er hatte weitergehende Ziele, andere Prioritäten.

Ich lernte Peter kennen, als ich 1975 als wissenschaftliche Assistentin ans OSI kam und dort in die SAZ eintrat. Peter war bereits Assistenz-Professor am OSI, dem Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaft, und er war auch Mitglied der SAZ, der Sozialistischen Assistentenzelle, einem Zusammenschluss kritischer junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen am OSI.

Ich erlebte Peter in dieser Zeit als sehr aktiven, sehr kritischen und als zugewandten und liebenswerten Kollegen, und auch nach meinem Ausscheiden aus der Hochschule 1981 war Peter für mich sehr präsent und wichtig, nicht zuletzt deshalb, weil auch ich für meine eigenen politischen Projekte nach meiner Hochschulzeit durch seine Initiativen Unterstützung erhielt.

Davon möchte ich Ihnen hier erzählen, aber zunächst lassen Sie mich der Reihe nach einige der Stationen auf Peters Lebensweg beschreiben:

Peter Grottian wurde am 27. Mai 1942 in Wuppertal geboren. Er studierte Sozialwissenschaften in Berlin und Freiburg und promovierte 1973 an der Universität Bielefeld nach mehrjähriger Forschungsarbeit zur Ministerialbürokratie und Politik der inneren Reformen.

1974 wurde er zunächst Assistenzprofessor und 1979 zum Professor für Staats- und Verwaltungsforschung ans OSI berufen.

2007 wurde er emeritiert, aber in diesen über dreißig Jahren seiner Hochschultätigkeit und in den 13 danach noch kommenden Jahren war er mehr als Hochschullehrer in Verwaltungswissenschaft, er war Bewegungsunternehmer – so bezeichnete er sich selbst - in Menschenrechts- und Bürgerrechtsfragen.

Sein Spektrum war breit. Er setzte sich ein für mehr und bessere, für selbst organisierte Arbeitsplätze und für die Umverteilung von Arbeit. Er stritt für Bildung und für Zukunftschancen der jungen Generation und für ein Grundeinkommen. Er entwickelte Konzepte für den Umbau des Sozialstaats und zur Abschaffung des Beamtentums. Er forderte eine neue Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik und entwickelte ein alternatives Konjunkturprogramm.

Er schuf Modelle des zivilen Ungehorsams gegen verdeckte Armut, gegen den Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft, gegen die Auswüchse des Finanzmarktes, gegen Waffenhandel und Rüstungsexport.

Aktionismus wurde ihm vorgeworfen, (Krawallschachtel wurde er genannt, Bewegungsonkel,) von der Politik, von der Wissenschaft, von den Medien. Er wurde zu Geldstrafen verurteilt und vom Verfassungsschutz beobachtet.

Ja, es war radikal, was er tat, aber es war die konsequente Folge seiner Wissenschaft, also dessen, was er wusste und als Wissen weitergeben wollte – also Wissen schaffen.

Wolf-Dieter Narr, sein Politologie-Kollege am OSI, mit dem er oft eng zusammenarbeitete, nannte es die Anwendung „des Peter-Grottian'schen Rechts“ auf praktische Einmischung gegen Ungerechtigkeit und für mehr Demokratie. Und diese Einmischungen waren gut, nicht immer hatten sie den von ihm erhofften Erfolg, aber sehr viele von ihnen haben etwas erreichen können, zum Teil mit nachhaltigen Wirkungen.

Drei Beispiele dazu ganz konkret:

1. Berufsverbote – Kampagnen und die Gründung des Berufsverbotefonds in der SAZ

In der Zeit von 1970 – Mai 78 gab es in Berlin-West rund 68.000 politische Gesinnungsüberprüfungen bei Einstellungen in den Öffentlichen Dienst, 2090 sogenannte „Erkenntnisfälle“ und 196 Ablehnungen bzw. Entlassungen.

„Da muss man doch was machen..“

Peter Grottian, grade an das OSI gekommen, gründete 1975 mit anderen Akteuren zusammen an der FU das „Komitee gegen Berufsverbote“. Und Peter schlug nun uns in der SAZ vor, zusätzlich einen Berufsverbotfonds zu gründen. Jedes SAZ-Mitglied sollte 10% seines Gehalts in diesen Fonds einzahlen und damit Personen, Projekte, Institutionen, die vom Berufsverbot betroffen waren, finanziell unterstützen.

Der Fonds – kurz „Alo-Fonds“ genannt - wurde 1976 tatsächlich ins Leben gerufen, und als der Radikalenerlass aufgehoben worden war, wurde er beibehalten und in „Verein zur Förderung gesellschaftskritischer Sozialwissenschaft“ umbenannt. Denn die Arbeitslage kritischer Sozialwissenschaftler war auch ohne staatliche Berufsverbote inzwischen immer prekärer geworden. Insgesamt förderte der Verein in den 20 Jahren seines Bestehens (bis 1996) knapp 120 Personen und Projekte mit einem Betrag von insgesamt 600.000 DM.

(Ich selbst habe, nach einer Hochschulzeit, von diesem Fonds profitieren dürfen. Der von mir gegründete Verein für kritische Medienarbeit hat aus diesem Fonds Gelder erhalten, mit denen zwei Personen über zwei Jahre finanziert werden konnten.)

Natürlich ging das alles nicht reibungslos in der SAZ. Es gab viel Kritik daran, den eigenen Geldbeutel öffnen zu müssen, auch die Frage der Höhe des Betrags war Gegenstand der Diskussion, es war von 5-20 % die Rede gewesen, und einige zahlten auch nie ein. Aber für Peter war klar, da müssen wir doch was machen.

Und er ging noch weiter:

1978 legte er der SAZ ein umfangreiches Papier vor mit dem Titel: „Vorüberlegungen zu einem Konzept für einen Beamtenstreik von Lehrern und Hochschullehrern zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit“. Dieser Streik wurde letztendlich nie durchgeführt. Aber warum ich Ihnen das erzähle ist Folgendes: Auf diesem Papier, das ich in meinen SAZ-Unterlagen gefunden hatte, stand gar kein Autor. Aber ich hatte an den Rand geschrieben „vermutlich Peter Grottian“.

Nur er konnte so etwas geschrieben haben. Genau so war er. Schnell im Handeln und konsequent auf die anstehenden Probleme gerichtet. Da war er auch nicht zu Kompromissen bereit, was ihm oft das Stirnrunzeln der Wissenschaftlerkollegen einhandelte. Aber warum denn auch Kompromisse machen? Peter war sich seiner privilegierten Stellung als verbeamteter Hochschulprofessor sehr bewusst. Wer, wenn nicht wir, sollte sich engagieren!!

Dazu auch das zweite konkrete Beispiel:

2. Schaffung einer Professur für Feministische Politikwissenschaft durch Peters Initiative

Frauen hatten es – entgegen aller Beteuerungen einer Gleichstellung – in den Hochschulen schwer, Professuren zu erhalten. Die Karriere endete trotz Qualifizierung und Titel an einer hohen Laufbahnschwelle. So wurde beispielsweise einer promovierten Kollegin aus der SAZ, die sich in einem Auswahlverfahren als Erstplatzierte qualifiziert hatte, die Berufung auf eine Assistentenstelle vom damaligen Wissenschaftssenator Kewenig im März 1984 verweigert mit der Begründung, mit der Geburt ihrer beiden Kinder sei „die Qualifizierungsphase unterbrochen und die Aussicht auf eine erfolgreiche Habilitation nicht mehr gegeben.“

Ein Fall für Peter Grottian.

Peter versuchte, den Wissenschaftssenator zur Einrichtung einer Professur für Feministische Studien am OSI zu bewegen. Vergeblich. Also wurde er selbst tätig. Zusammen mit seinem Kollegen Wolf-Dieter Narr und in späteren Jahren auch Bodo Zeuner entwickelte er ein Konzept zur Finanzierung einer zusätzlichen Stelle: jeder zahlte ein Drittel seines Gehalts in einen gemeinsamen Topf, aus dem diese Stelle finanziert werden sollte. Nach mehreren Gesprächen willigte der Wissenschaftssenator schließlich ein. Das Resultat war hervorragend: ab 1985 eröffnete die Gender-Professur Nachwuchswissenschaftlerinnen den Zugang zu einer Professur mit einem Schwerpunkt auf Geschlechterfragen und etablierte zugleich die Forschung zum Verhältnis von Geschlecht und Politik am Otto-Suhr-Institut.

Er hat damit Kollegialität und Förderung von Diversität und den Verzicht auf Wettbewerbsdenken zugunsten von Kooperationsbereitschaft uns allen vorgelebt.

Diese Initiative kostete ihn (bis zu seinem Ausscheiden aus dem Öffentlichen Dienst) einen Einkommensverzicht von rund 800.000 Euro.

Das Modell wurde in über 150 Varianten von anderen Professoren fortgeführt.

Ab dieser Initiative hatte Peter eine Teil-Zeit-Professor inne und damit noch mehr Zeit für weitere politische Aktivitäten. Und die brauchte er auch, denn in Berlin zeichnete sich eine Katastrophe des Bankensystems mit der Folge einer Verschuldung des Berliner Haushalts in Höhe von 60 Mrd. EURO ab: der Berliner Bankenskandal.

3. Der Berliner Bankenskandal - Initiierung und Gründung der Bürgerinitiative Berliner Bankenskandal 2002-2007

In der Verwaltung regiert das Primat der „Zuständigkeit“. Ich selbst habe dieses Primat im Rahmen meiner Tätigkeit in der Berliner Verwaltung zu spüren bekommen. Von meiner OSI und SAZ-Zeit war es für mich selbstverständlich, Probleme, die mir aufgefallen waren, anzusprechen. „Aber dafür sind Sie doch gar nicht zuständig..“, das war die Antwort, die ich regelmäßig erhielt, wenn ich diese Dinge in der Verwaltung angehen wollte.

Wenn Peter Zuständigkeit befolgt hätte, wäre er nie zu dieser Initiative gekommen. Er war Verwaltungswissenschaftler, vom Finanzsystem hatte er wenig Ahnung. Aber das hielt ihn – angesichts der Dramatik, die sich nun auf der Bühne der Berliner Politik abspielte - nicht davon ab, auch hier aktiv zu werden, die Sachlage zu erforschen, sich einzumischen und Bürgerproteste zu organisieren. Der „Professor für das Politische“ (taz) initiierte eine der wichtigsten Bürgerinitiativen auf einem Gebiet, zu dem weder seine Wissenschaftler-Kollegen noch die Durchschnitts-Berliner einen Zugang hatten – es ging um die Offenlegung von Gesetzesverstößen großen Ausmaßes, um Korruption der Reichsten und Mächtigsten im Land, die sich bei ihren Investitions- und Immobiliengeschäften mit den Geldern der landeseigenen Banken und auf Kosten des Berliner Landeshaushalts und damit der Bevölkerung noch weiter bereichert hatten.

Mit „Blauen Briefen“ forderte die Bürgerinitiative die Fondszeichner auf, ihre dubiosen Verträge mit weit über dem Markt befindlichen Renditegarantien zurückzugeben und organisierte „Grünwald- und Dahlemspaziergänge“ zu den Villen der Fondsinhaber und Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft, um strukturelle und persönliche Verstrickungen deutlich zu machen. Tausende beteiligten sich an diesen Aktionen.

Die Bürgerinitiative forderte vom Senat, Schadenersatz von Vorständen und Aufsichtsräten, von der Bankenaufsichtsbehörde und den Wirtschaftsprüfern einzuklagen und ging damit vor das Berliner Verfassungsgericht.

Der Berliner Bankenskandal, der 2001 aufgedeckt wurde, führte dazu, dass das Land Berlin (zunächst) 60 Mrd. Euro einsetzen musste. Und die Klage der Initiative vor dem Berliner Verfassungsgericht wurde abgelehnt, die Verantwortlichen wurden nie straf- oder zivilrechtlich zur Rechenschaft gezogen, sondern alle letztendlich freigesprochen.

Das Thema Banken und Finanzsystem, die Macht des großen Geldes, hat Peter bis zu seinem Lebensende beschäftigt. Seine Erkenntnis „da müssen wir doch was machen“ hat ihn vom Berliner Filz hin zur globalen Finanzwelt geführt. Mit diesem seinem Vermächtnis bleibt er weiterhin mitten unter uns. Lasst uns nun in seinem Sinne weitermachen.